



Verhandlungen des Kantonsrates

25

an seiner Sitzung vom 22. September 2025 im Kantonsratssaal, Herisau

Beginn	08.15 Uhr
Anwesend:	61 Mitglieder des Kantonsrates 5 Mitglieder des Regierungsrates
Entschuldigt:	Kantonsrat Hannes Friedli, Heiden (ganztags) Kantonsrätin Jennifer Abderhalden, Speicher (ganztags) Kantonsrätin Jeannette Locher, Herisau (ganztags) Kantonsrat Heinz Mauch-Züger, Stein (ganztags)
Vorsitz:	Kantonsratspräsident Hans Koller, Teufen
Ratschreiber:	Roger Nobs

1. Eröffnung durch den Kantonsratspräsidenten

26

Kantonsratspräsident Hans Koller, Teufen, eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten:

Sehr geehrter Herr Landammann
Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsrätinnen und Regierungsräte
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsrätinnen und Kantonsräte
Geschätzte Gäste und Medienvertreter
Geschätzte Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream

«Die grösste Ehre, die man einem Menschen erweisen kann, ist ihm Vertrauen schenken.» (Matthias Claudius, deutscher Schriftsteller, 18. Jahrhundert). Für Politikerinnen und Politiker ist dies ein hoher Anspruch, an dem wir täglich arbeiten müssen, wenn uns Vertrauen entgegengebracht werden soll. Vertrauen bildet die Grundlage einer direkten Demokratie, wie wir sie leben. Im Besonderen gilt dies auch für unser Parlament.

Wir leben in einer Zeit, in der das Vertrauen in politische Institutionen unter Druck steht. Volksnähe der Politik ist in Gefahr, Populismus und Autoritarismus scheinen die Welt neu zu ordnen. Auch wenn unsere direkte Demokratie in der Schweiz vergleichsweise stabil ist, gilt es wachsam zu sein: Die Politik darf sich nicht entfremden – Volksnähe muss erhalten bleiben.

Gemäss einer Studie des GFS, Bern aus dem Jahre 2023 sind 59 Prozent der Befragten der Ansicht, dass sich Politikerinnen und Politiker von den Menschen, welche sie eigentlich vertreten sollten, entfremdet haben. Über ein Stadt-Land-Gefälle gibt die Studie keine Auskunft. Wo Vertrauen schwindet, entstehen Ängste - Populismus und Disruption füllen die Lücken. Die AFD in Deutschland ist nur 1 Beispiel dafür, wenn Populisten Ängste schüren, um Vertrauen zusätzlich in Frage stellen zu können. Mit Ängsten wird versucht die politische Entscheidungsfindung gezielt zu beeinflussen.

Wir politisieren in der Schweiz, müssen aber wachsam sein, während viele Demokratien um ihren Erhalt ringen. Dank unserem Milizsystem liegt die Verantwortung letztlich beim Volk. Das Zusammenspiel von Medien, vielseitigem ehrenamtlichem Engagement in Vereinen und Organisationen bis hin zu den Gewerkschaften und Parteien bildet die Grundlage für ein vergleichsweise hohes Vertrauen – höher als in den meisten Ländern. 61 Prozent der Befragten



vertrauen unserer Politik, dem gilt es Sorge zu tragen, - zum Vergleich: In Deutschland liegt dieser Wert bei lediglich 36%.

Miteinander ins Gespräch zu kommen, einander wahrzunehmen, sich zu kennen, schafft Vertrauen. Dieser direkte Austausch wird erleichtert durch die Tatsache, dass sich unsere Politikerinnen und Politiker meist ohne Sicherheitsdienst unter die Bevölkerung mischen können, Vertrauen dazu ist vorhanden.

Die Debatte rund um die Verfassung hat gezeigt: Das Parlament will dem Stimmvolk schlussendlich eine Vorlage präsentieren, die es befürworten kann, kurz gesagt - unser Parlament versucht in seinen Debatten die Meinungen der Bevölkerung abzuholen, und auf sie einzugehen. Krisen, wie Corona haben verdeutlicht: Wo Vertrauen in die Behörden vorhanden war, konnte auch diese Krise gemeistert werden. Der Fall Credit Suisse hingegen führte uns auf tragische Art vor Augen, was geschieht, wenn Vertrauen verspielt wird.

Unabhängiger, traditioneller Journalismus stärkt dieses Vertrauen. Doch je mehr Informationen aus sozialen Medien bezogen werden, desto weniger ist Objektivität gewährleistet. Politische Stabilität gerät in Gefahr, Polarisierung nimmt zu. Sorgen wir also dafür, dass die Bevölkerung über genügend fundierte Informationen verfügt, um sich eine eigene, möglichst objektive Meinung bilden zu können. Und vertrauen wir unseren Journalistinnen und Journalisten, dass sie ihrer Verantwortung für sachliche und ausgewogene Berichterstattung gerecht werden.

Wenn wir heute debattieren, gelingt dies einzig auf der Basis von gegenseitigem Vertrauen. Die Berichte von Regierung und Kommissionen müssen für uns sachlich und objektiv erscheinen. Wenn wir über Livestream oder Wortprotokoll verfolgt werden, erhalten wir nur dann Glaubwürdigkeit, wenn wir klar, verständlich und sachlich argumentieren, allfällige Fehler eingestehen und versuchen den Puls der Bevölkerung aufzunehmen.

Die Sitzung ist eröffnet. Der Ratschreiber liest das Gebet.

Nach Gebet und Appell werden die Geschäfte wie folgt behandelt:

2. Kantonaler Richtplan; Anpassung Kapitel Energie (Grosswindanlagen und Solarenergie); Genehmigung

27

Mit Bericht vom 3. Dezember 2024 beantragt der Regierungsrat:

1. auf die Vorlage einzutreten und
2. die Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel E.2, Energieversorgung) zu genehmigen.

Mit Bericht vom 11. Juli 2025 beantragt die Mehrheit der Kommission Bau und Volkswirtschaft (KBV):

1. auf die Vorlage einzutreten und
2. der Änderung des Kantonalen Richtplans; Anpassung Kapitel Energie (Grosswindanlagen und Solarenergie) zuzustimmen.

Mit Bericht vom 11. Juli 2025 beantragt die Minderheit der KBV:

1. auf die Vorlage einzutreten und
2. der Änderung des Kantonalen Richtplans; Anpassung Kapitel Energie (Grosswindanlagen und Solarenergie) nicht zuzustimmen und die Vorlage an den Regierungsrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, Vorgaben zur Anzahl, zur maximalen Höhe sowie zur Mindestdistanz von Windkraftanlagen zu Wohnliegenschaften konkret festzulegen und die Perimeter der Eignungsgebiete zu überarbeiten.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Kantonsrat Volger, Schönengrund, stellt namens SVP-Fraktion einen Rückweisungsantrag mit folgendem Auftrag an den Regierungsrat:



Der Regierungsrat wird beauftragt, den Richtplan zu überarbeiten. Es sind maximal zwei Eignungsgebiete auszuweisen, die sich aus technischer, effizienzbezogener und wirtschaftlicher Sicht am besten eignen. Grundlage bildet das Konzentrationsprinzip. Zur Sicherung eines angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnisses sind Windparks mit einem Richtwert von ≥ 20 GWh/a festzulegen. Zudem sind Vorgaben zur Anzahl, zur maximalen Höhe sowie zur Mindestdistanz von Windkraftanlagen zu Wohnliegenschaften als Planungsgrundsätze konkret festzulegen und die Perimeter der Eignungsgebiete zu überarbeiten.

In einer ersten Abstimmung wird der Rückweisungsantrag bereinigt. Dazu wird der Minderheitsantrag der KBV dem Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion gegenübergestellt. Der Minderheitsantrag der KBV obsiegt mit 27:9 Stimmen bei 25 Enthaltungen.

In einer zweiten Abstimmung lehnt der Rat den Minderheitsantrag der KBV und damit eine Rückweisung mit 49:12 Stimmen ohne Enthaltungen ab.

In der Gesamtabstimmung genehmigt der Rat die Anpassung des kantonalen Richtplans (Kapitel E.2, Energieversorgung) mit 47:11 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

3. Parlamentarische Initiative Werner Giezendanner, Teufen und Karin Jung, Herisau; Unveränderte Aufnahme dritte Röhre Rosenbergstunnel (inkl. Zubringer Güterbahnhof) und zweite Röhre Fäsenstautunnel in nächsten Bundesbeschluss über den Ausbauschritt für die Nationalstrassen; Erheblicherklärung

28

Die parlamentarische Initiative wurde am 24. März 2025 durch Kantonsrat Werner Giezendanner, Teufen, und Kantonsrätin Karin Jung, Herisau, eingereicht.

Mit Bericht vom 12. August 2025 beantragt der Regierungsrat:

1. auf die Vorlage einzutreten, und
2. die parlamentarische Initiative von Werner Giezendanner und Karin Jung vom 24. März 2025 erheblich zu erklären.

Nach Diskussion erklärt der Rat die parlamentarische Initiative mit 37:21 Stimmen bei 3 Enthaltungen für erheblich.

4. Bundesgesetz über die Individualbesteuerung; Kantonsreferendum

29

Mit Bericht vom 1. Juli 2025 beantragt der Regierungsrat:

1. auf die Vorlage einzutreten,
2. dem Beschluss zur Ergreifung des Kantonsreferendums gegen das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung zuzustimmen.

Mit Bericht vom 25. August 2025 beantragt die Mehrheit der Kommission Finanzen (KF):

1. auf die Vorlage einzutreten und
2. dem Beschluss zur Ergreifung des Kantonsreferendums gegen das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung zuzustimmen.

Mit Bericht vom 25. August 2025 beantragt die Minderheit der KF:

1. auf die Vorlage einzutreten und
2. dem Beschluss zur Ergreifung des Kantonsreferendums gegen das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung nicht zuzustimmen.

Eintreten ist unbestritten.



In der *Gesamtabstimmung* stimmt der Rat dem Beschluss zur Ergreifung des Kantonsreferendums gegen das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung nach Diskussion mit 35:26 Stimmen ohne Enthaltung zu.

5. Motion der SP-Fraktion; Zweckmässigere Verwendung der kantonalen Strassenverkehrssteuer; Erheblicherklärung 30

Am 7. Mai 2025 reichte Kantonsrat Silvan Graf, Heiden, namens der SP-Fraktion eine Motion mit folgendem Antrag ein:

Der Regierungsrat wird beauftragt, einen Entwurf zur Änderung der gesetzlichen Grundlagen vorzulegen, damit künftig mindestens 10 % der kantonalen Strassenverkehrssteuern zur Deckung verkehrsbedingter externer Kosten verwendet werden können.

Der Rat erklärt die Motion nach Diskussion mit 14:45 Stimmen bei 2 Enthaltungen für nicht erheblich.

6. Motion Werner Rüegg, Heiden, und Mitunterzeichnende, Förderung von E-Ladestationen aus der Strassenrechnung; Erheblicherklärung 31

Am 11. Juni 2025 reichte Kantonsrat Werner Rüegg, Heiden, eine Motion mit folgendem Antrag ein:

Der Regierungsrat wird aufgefordert, dem Kantonsrat eine Vorlage für die Erstellung eines Förderprogramms zur Förderung von Ladeinfrastrukturen in Wohngebäuden, auf öffentlichen Parkplätzen und in Unternehmungen auszuarbeiten. Die dafür vorgesehenen Mittel sind der Spezialfinanzierung Staatsstrassenrechnung zu entnehmen.

Der Rat erklärt die Motion nach Diskussion mit 17:42 Stimmen bei 2 Enthaltungen für nicht erheblich.

7. Interpellation der SP-Fraktion, Massnahmen Ammoniak Appenzell Ausserrhoden 32

Am 19. März 2025 reichte Kantonsrätin Sharon Satz, Herisau, namens der SP-Fraktion eine Interpellation zu eingangs erwähntem Thema ein.

Regierungsrat Biasotto beantwortet die in der Interpellation gestellten Fragen.

Es findet keine allgemeine Diskussion statt.

8. Interpellation der SP-Fraktion, Gewalt an Frauen – Umsetzung der Istanbul Konvention 33

Am 22. April 2025 reichten Kantonsrätin Martina Jucker, Herisau, und Kantonsrat Hannes Friedli, Heiden, namens der SP-Fraktion eine Interpellation zu eingangs erwähntem Thema ein.

Regierungsrätin Alder beantwortet die in der Interpellation gestellten Fragen.

Es findet keine allgemeine Diskussion statt.

9. Fragestunde 34

Die im Sinne von Art. 73 der Geschäftsordnung des Kantonsrates eingereichten Fragen betreffen:

- die Aktualisierung der Eignerstrategie der SAK;
- die Fahrzeugflotte der Kantonalen Verwaltung Appenzell Ausserrhoden;
- die Anfrage zu biodiversitätsschädigenden Auswirkungen von Anreizen und Subventionen im Kanton Appenzell Ausserrhoden;
- die kantonale KI-Strategie;



- den Stand der Arbeiten zur Anpassung der Pflegeverordnung im Bereich «pflegende Angehörige»;
- die Altersverteilung von Personen mit Schutzstatus S im Kanton AR

Die Fragen werden durch die zuständigen Mitglieder des Regierungsrates beantwortet.

Schluss der Sitzung: 16:00 Uhr